

Quelle: oeamtc.at

Adresse: <https://www.oeamtc.at/presse/oeamtc-wegfall-eines-fahrstreifens-in-der-praterstrasse-nicht-vorstellbar-26477459>

Datum: 28.04.2025 (Da es immer wieder Änderungen gibt, bitte für aktuelle Infos die Website besuchen.)

# ÖAMTC: Wegfall eines Fahrstreifens in der Praterstraße nicht vorstellbar

Mobilitätsclub fordert alternative Lösung für Radverkehr

Wien (OTS) - Am Freitag hat die Bezirksvorsteherin des 2. Bezirks in Wien mit einer Überlegung aufhören lassen: Auf der Praterstraße sollen demnach die bestehenden Radwege in beiden Fahrtrichtungen verbreitert, im Gegenzug die Fahrbahn für den Kfz-Verkehr verschmälert werden. „Es handelt sich um eine wesentliche Verbindungsstrecke zwischen der Inneren Stadt und dem Praterstern und in weiterer Folge bis in den 22. Bezirk. Frequenz und Verkehrsfluss müssen unbedingt erhalten bleiben – für den privaten und gewerblichen Verkehr und natürlich für Einsatzfahrzeuge“, so ÖAMTC-Experte Nikolaus Authried, für den auch ein Parkplatzentfall nicht in Frage kommt. Im Falle der Schaffung zusätzlicher Querungsmöglichkeiten für den Fußgänger- bzw. Radverkehr sei laut ÖAMTC, aufgrund der Bedeutung der Praterstraße, unbedingt auf die „Grüne Welle“ für den ein möglichst flüssiges Vorankommen zu achten.

ÖAMTC: Aufhebung der Radwege-Benutzungspflicht vorstellbar

„Die Gehsteige samt Radweg und Grünflächen sind zum Teil elf Meter breit. Eine Verbesserung für den Radverkehr muss nicht zwangsweise auf Kosten des Kfz-Verkehrs gehen – auch wenn das ein bekanntes Konzept der Stadt Wien ist. Wir plädieren für ein Miteinander“, so Authried, der für ein Miteinander plädiert. Für den ÖAMTC ist deshalb eine Aufhebung der Radweg-Benutzungspflicht vorstellbar. Zudem tritt der Club für eine bauliche Verbreiterung der Radwege in Richtung der Grünflächen ein – dort wo es möglich ist. „Damit würde es zu keinen merkbaren Einschränkungen für Verkehrsteilnehmer kommen: die Qualität für den Radverkehr wäre erhöht und die Funktion der Praterstraße als zentrale Verbindungsachse würde erhalten bleiben“, so Authried abschließend.